

Mitteilung
der Landesregierung

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Staatsministeriums vom 4. Mai 2023, Az.: STM61-0123-6/2/1:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 1. Quartal 2023.

Hassler
Staatssekretär

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg**über aktuelle europapolitische Themen****1. Quartal 2023**

I. Europapolitische Schwerpunktthemen	2
Übernahme der Präsidentschaft der Vier Motoren	2
Stärkung von Transformationsregionen.....	2
Neujahrsempfang in Brüssel im Zeichen der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und der Stärkung Baden-Württembergs als hochinnovativer Transformationsregion.....	4
Entwicklungspolitik	4
II. Laufende europapolitische Themen	6
Fachgespräch des Forums Gesundheitsstandort Baden-Württemberg zu Gesundheitsdaten	6
Stuttgarter Rede zu Europa.....	6
91. Europaministerkonferenz der Länder in Brüssel.....	6
Entschließung des Bundesrates zum Jahrestag des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und Rede des Ministerpräsidenten im Plenum des Bundesrats	7
Treffen von Ministerpräsident Kretschmann mit dem ukrainischen Botschafter	8
154. Plenartagung des AdR am 15./16. März 2023.....	9
Konferenz der „#CohesionAlliance“ des AdR zur Zukunft der Kohäsionspolitik	9
Rede des polnischen Ministerpräsidenten an der Universität Heidelberg.....	10
Konsultationen des RegionalHub-Netzwerks	10
EU-Verordnungen zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und zur Wiederherstellung der Natur.....	11
Europaöffentlichkeitsarbeit	11
Dynamischer Europapool	12
III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit	13
Internationale Bodenseekonferenz.....	13
Makroregionale Strategien	13
Beziehungen zur Schweiz	14
Frankreich	15
INTERREG A-Programme Oberrhein und Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein	16

I. Europapolitische Schwerpunktthemen

Im 1. Quartal 2023 bildeten die Übernahme der Präsidentschaft der Vier Motoren, die Stärkung von Transformationsregionen sowie die Entwicklungspolitik die Schwerpunkte der europapolitischen Aktivitäten des Staatsministeriums.

Übernahme der Präsidentschaft der Vier Motoren

Am 20. März 2023 übernahm Baden-Württemberg turnusgemäß die Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa von Auvergne-Rhône-Alpes. Staatssekretär Florian Hassler reiste in Begleitung von Staatssekretär Dr. Patrick Rapp, Staatssekretärin Sabine Kurtz und Staatssekretär Dr. Andre Baumann sowie den Abgeordneten Andrea Bogner-Unden und Jochen Haußmann nach Lyon. Neben der feierlichen Übergabe der Präsidentschaft führte die Delegation politische Gespräche mit den Vertretern der Vier Motoren-Regionen und nahm weitere Termine in Lyon wahr: Treffen mit Mandatsträgern der Stadt Lyon und der Metropolregion Lyon, Austausch mit deutschen Akteuren aus Bildung, Gesellschaft und Kultur in Lyon (u.a. dem Goethe-Institut, der deutsch-französischen Hochschule) sowie ein Treffen mit dem Automobilcluster CARA, mit dem bereits eine Zusammenarbeit im Rahmen der Vier Motoren-Arbeitsgruppe „Elektro- und Wasserstoffmobilität“ besteht.

Baden-Württemberg ist nun für rund ein Jahr für die Steuerung des Netzwerks zuständig. Unter dem Leitthema „Neue wirtschaftliche Perspektiven: Transformation als Chance für die Zukunftsfähigkeit unserer Regionen“ wird die baden-württembergische Präsidentschaft die Themen Transformation der Wirtschaft, technologischer Wandel und Verminderung des CO₂-Ausstoßes in den Fokus rücken. Das Präsidentschaftsprogramm umfasst u.a. eine „Incoming Mission“ im Themenbereich Künstliche Intelligenz, die Start-up BW Night für junge Unternehmen sowie den Weinsommer und eine Veranstaltung zur Automobilwirtschaft in der Landesvertretung Brüssel. Baden-Württemberg möchte die Präsidentschaft außerdem nutzen, um zusammen mit seinen Partnern die gemeinsamen Anliegen des Netzwerks mit politischem Gewicht auf EU-Ebene vorzubringen. Dazu gehört u.a., dass wirtschafts- und innovationsstarke Transformationsregionen wie die Vier Motoren-Partner in der EU-Förder- und Kohäsionspolitik und beim Beihilferecht in Zukunft stärker berücksichtigt werden.

Stärkung von Transformationsregionen

Mit dem Green-Deal-Industrieplan und der damit verbundenen Überarbeitung der Beihilferegeln im Befristeten Krisenrahmen sowie den Vorschlägen für ein Netto-Null-Industrie-Gesetz und einem Gesetz zu kritischen Rohstoffen hat die Europäische Kommission im 1. Quartal 2023 die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu einem ihrer politischen Schwerpunkte gemacht.

Das Thema stand deshalb im Mittelpunkt der Auswärtigen Kabinettsitzung am 7. Februar 2023 in Brüssel. Der Ministerrat tauschte sich dazu mit den Kabinettschefs der

Präsidentin der Europäischen Kommission, Herrn Björn Seibert, und des Haushaltskommissars, Herrn David Müller, aus. Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Staatssekretär Florian Hassler betonten in der Diskussion die Bedeutung von hochinnovativen Regionen für die Wettbewerbsfähigkeit der EU im globalen Maßstab. Auch wirtschaftsstarke Lokomotiv-Regionen, die großen Transformationsherausforderungen gegenüberstehen und durch ihre europäischen Wertschöpfungsketten zu Wachstum und Wohlstand im ganzen europäischen Binnenmarkt beitragen, benötigen spezifische Unterstützung der EU bei den umfassenden Transformationserfordernissen der grünen und digitalen Transformation. Ministerpräsident Kretschmann überreichte den beiden Kabinettschefs in diesem Zusammenhang die Position der Landesregierung zur im Sommer anstehenden Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens, die wesentliche Forderungen zur Weiterentwicklung der europäischen Förder- und Beihilfepolitik enthält. Darüber hinaus spricht sich die Landesregierung in ihrem Positionspapier für eine bessere Einbindung der Regionen in die konkrete Ausgestaltung der europäischen Förderprogramme vor Ort aus und schlägt Verbesserungen in den einzelnen Politikbereichen, u.a. in den Bereichen Energie, Klimaschutz, Digitalisierung, Landwirtschaft und Kohäsion vor.

Darüber hinaus wandte sich Ende Februar 2023 Ministerpräsident Kretschmann gemeinsam mit Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut im Rahmen der Konsultation der Europäischen Kommission zum Befristeten Krisenrahmen in einem Schreiben an die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen. Mit dem Schreiben wurde der Europäischen Kommission ein Forderungskatalog zur Weiterentwicklung der europäischen Förder- und Beihilfepolitik übergeben. Zu den Forderungen gehören u.a. innerhalb der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) eine spürbare Anhebung der Anmeldeschwellen und Beihilfeintensitäten für Zukunftstechnologien im Rahmen des European Green Deals und der Digitalisierungsstrategie der EU sowie die Ausweitung der Important Projects of Common European Interest (IPCEIs) auf weitere Zukunftstechnologien wie den KI- oder Quantentechnologien oder dem Cloud-Computing.

Die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg war zudem einer der Schwerpunkte des Fachgesprächs von Staatssekretär Hassler zu den Transformationserfordernissen der Automobilwirtschaft mit Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission am 7. Februar 2023 in Brüssel. Gemeinsam mit Minister Winfried Hermann und dem Geschäftsführer der Landesagentur e-mobil BW GmbH, Herrn Franz Loogen, tauschte er sich mit Kabinettsmitgliedern und Referatsleitern der Europäischen Kommission zur Förder- und Beihilfepolitik, zur Ladeinfrastruktur und zur Digitalisierung des Sektors aus.

Die Rolle hochinnovativer Transformationsregionen wie Baden-Württemberg für die europäische Wettbewerbsfähigkeit war außerdem Gegenstand des Gesprächs von Staatssekretär Hassler mit dem für Wettbewerbspolitik zuständigen Kabinettsmitglied der Präsidentin der Europäischen Kommission, Herrn Anthony Whelan, am 12. März

2023 und stand im Zentrum bei der Übernahme der Präsidentschaft Baden-Württembergs des Regionennetzwerks Vier Motoren für Europa am 20. März 2023 in Lyon. Zudem brachte Staatssekretär Hassler das Thema in die Debatte bei der Konferenz der „#CohesionAlliance“ des Ausschusses der Regionen zur Zukunft der Kohäsionspolitik am 16. März 2023 in Brüssel ein.

Neujahrsempfang in Brüssel im Zeichen der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und der Stärkung Baden-Württembergs als hochinnovativer Transformationsregion

Am 6. Februar 2023 hatten Ministerpräsident Kretschmann und Staatssekretär Hassler zum ersten Neujahrsempfang nach der Corona-Pause in den Jahren 2021 und 2022 in die LV Brüssel eingeladen. Gleichzeitig war es der erste Neujahrsempfang unter Einbeziehung des im Juli 2022 feierlich übergebenen Erweiterungsbaus.

Bei seiner Rede unterstrich Ministerpräsident Kretschmann vor rund 700 Gästen die Bedeutung innovativer, wettbewerbsfähiger Regionen wie Baden-Württemberg für die gesamte EU und mahnte Politiken an, die es erlaubten, auch starke Regionen zu stärken. Denn starke Regionen in Europa mit innovativen und leistungsfähigen Clustern seien das Rückgrat der Wettbewerbsfähigkeit der gesamten EU, gerade auch im globalen Kontext.

Staatssekretär Hassler skizzierte in seiner Rede, dass Wirtschaftskraft Regionen im Zusammenhang mit Neuansiedlungs-Projekten nicht zum Nachteil gereichen dürfe. Er wies darauf hin, dass es sowohl im Sinne der betroffenen Regionen als auch der EU insgesamt sei, dass wirtschaftsstarke Regionen auch die Möglichkeit haben müssen, die Ansiedlung von neuen Technologien zu fördern. Dies sei eine Voraussetzung für die EU, den Transformationsprozess erfolgreich zu meistern. Weiter verwies er in seiner Rede auf die im März 2023 beginnende Präsidentschaft Baden-Württembergs der Vier Motoren für Europa, die deutsch-französische Freundschaft und die gute Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und der Region Grand Est, das Engagement Baden-Württembergs im und für den Donauraum sowie die Bemühungen des Landes, Brückenbauer zwischen der EU und der Schweiz zu sein.

Der stellvertretende Ministerpräsident Thomas Strobl betonte, dass Europa die Fähigkeit habe, stärker aus den Krisen zu kommen als es hineingegangen sei. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass Europa Großes gelinge, wenn es zusammenhalte und zusammenarbeite – dies mache Mut für die Zukunft.

Entwicklungspolitik

Im 1. Quartal des Jahres 2023 standen das Junge Engagement und die EU-Kampagne „MINDCHANGERS – Regions and Youth for Planet and People“ im Zentrum der entwicklungspolitischen Aktivitäten des Staatsministeriums.

Die elf neuen MINDCHANGERS-Projekte zu den Schwerpunktthemen Klimagerechtigkeit und Migration starteten Anfang Januar 2023 in Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, Heidelberg, Reutlingen, Fellbach, Rottenburg, Schwäbisch Hall und Seebach/Ruhestein. Sie werden mit 403.200 Euro gefördert.

Das Start-up Seminar und zwei Schulungen (Capacity Buildings) fanden im ersten Quartal 2023 statt. Am 26. Januar 2023 befassten sich die Teilnehmenden mit dem Thema „Partnerschaftsarbeit – eine Frage der Perspektive! Kommunikation als Erfolgsfaktor für die Praxis“. Am 16. März 2023 stand das Thema „Social Media“ auf der Agenda. Mit Workshops von versierten Expertinnen bekamen die jungen Menschen Impulse zu einer erfolgreichen Gestaltung von Partnerschaftsarbeit und zur Stärkung und Sichtbarkeit in den sozialen Medien. Diese Veranstaltungen stehen allen offen, die sich für die Stärkung jungen Engagements zu Themen der Agenda 2030 engagieren. Austausch, Vernetzung, Motivation und ansteckende Begeisterung sind die tragenden Säulen für den Erfolg des Projekts.

Die neuen Mindchangers-Projekte finden sich auf der Webseite der SEZ unter: <https://sez.de/themen/mindchangers/die-projekte>.

Von 13. bis 16. April 2023 findet wieder die Messe Fair Handeln als herausragendes entwicklungspolitisches Event im Land statt. Mit der Entwicklungspolitischen Landeskonferenz und dem Mindchangers Summit als zentralen Veranstaltungen wird den Engagierten und insbesondere der Jugend im Land eine Plattform geboten, in direkten Austausch mit politisch Verantwortlichen und der Zivilgesellschaft zu treten und Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Zur weiteren Vertiefung der seit rund 40 Jahren bestehenden Partnerschaft des Landes Baden-Württemberg mit Burundi plant Staatssekretär Rudi Hoogvliet vom 26. Juni bis 2. Juli 2023 mit einer Delegation aus baden-württembergischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kirche, Bildung und Presse nach Burundi zu reisen. Ganz im Sinne des 2014 geschlossenen Partnerschaftsabkommens wird die Reise Gelegenheit zu politischen Gesprächen und dem Dialog mit engagierten zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren vor Ort bieten. Im Fokus der Programmplanung stehen außerdem der Besuch von erfolgreichen Partnerschaftsprojekten wie das Agroforst-Projekt sowie die partnerschaftliche Planung neuer Projekte, vor allem in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Good Governance und Städtepartnerschaften sowie Gesundheit.

II. Laufende europapolitische Themen

Fachgespräch des Forums Gesundheitsstandort Baden-Württemberg zu Gesundheitsdaten

Am 6. Februar 2023 sprachen Ministerpräsident Kretschmann und weitere Kabinettsmitglieder sowie Mitglieder der Sprechergruppe des Forums Gesundheitsstandort Baden-Württemberg mit Vertretern der EU-Institutionen zum Thema Gesundheitsdaten in Brüssel. Im Zentrum des Gesprächs stand dabei der Vorschlag der Europäischen Kommission zur Schaffung eines europäischen Gesundheitsdatenraums (EHDS). Das ressort- und bereichsübergreifende Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg hat unter Federführung des Staatsministeriums dazu ein Positionspapier erarbeitet. Das Papier wurde den Vertretern der EU-Institutionen übergeben und mit Einblicken aus der Praxis der Sprecherinnen und Sprecher aus den Bereichen Versorgung, Forschung und Industrie erläutert. Dabei konnte die Landesregierung konkrete Forderungen zu datenschutzrechtlichen Regeln, Cybersicherheit, Vernetzung und Standardisierung von Daten sowie zu Datenkompetenz und Datennutzung in den europäischen Legislativprozess einbringen. Von Seiten der EU waren die beiden Berichterstatter des Europäischen Parlaments zum EHDS-Vorschlag Javier Zarzalejos MdEP (EVP) und Patrick Breyer MdEP (Grüne/EFA) sowie Ralf Kuhne, zuständiges Kabinettsmitglied der EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides, an dem Fachgespräch beteiligt.

Stuttgarter Rede zu Europa

Am 16. Februar 2023 hielt die Bundesministerin des Auswärtigen, Frau Annalena Baerbock, die „Stuttgarter Rede zu Europa“ vor rund 400 Gästen im Neuen Schloss. Ministerpräsident Kretschmann hob zu Beginn in seiner Ansprache die Bedeutung der Wahrung der europäischen Souveränität, die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie die Wahrung des europäischen Wertesystems hervor. Bundesministerin Baerbock begann ihre Rede mit einem historischen Rückblick zur deutsch-französischen Annäherung und dem Appell, dass es damals wie heute Mut für Annäherung brauche, gerade auch in schwierigen Zeiten. Sie betonte die Absage an das gewaltsame Verschieben von Grenzen in Europa als eine der größten Errungenschaften der europäischen Friedensordnung und die große Bedeutung eines vereinten Europas für seine Menschen. Im Anschluss an die Stuttgarter Rede zu Europa diskutierten Baerbock und Kretschmann zur Gegenwart und Zukunft der Europäischen Union in Anbetracht des russischen Angriffskriegs. Die Stuttgarter Rede zu Europa ist auf der Website des Auswärtigen Amts veröffentlicht: [Stuttgarter Rede zu Europa von Außenministerin Annalena Baerbock - Auswärtiges Amt \(auswaertiges-amt.de\)](https://www.auswaertiges-amt.de/Presse/Pressemitteilungen/2023/02/16-Stuttgarter-Rede-zu-Europa-von-Außenministerin-Annalena-Baerbock-Auswärtiges-Amt).

91. Europaministerkonferenz der Länder in Brüssel

Die Konferenz der Europaministerinnen und Europaminister der Länder (EMK) tagte unter dem Vorsitz von Sachsen-Anhalt am 1./2. März 2023 in Brüssel. Staatssekretär Hassler nahm als Vertreter Baden-Württembergs teil. Die Ministerinnen und Minister

tauschten sich im Rahmen der Konferenz zu einer Reihe von aktuellen europapolitischen Themen aus. Zu diesen gehörten die deutsch-französische Zusammenarbeit, die Industrie- und Handelspolitik der EU, die Zukunft der Kohäsionspolitik, die Lage in der Ukraine und der Stand der Erweiterungspolitik sowie die Digitalpolitik der EU. Des Weiteren beschäftigten sich die Europaministerinnen und Europaminister mit der Vermittlung der Vorteile der EU und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes. Zu den Gesprächspartnern der EMK gehörten u.a. die Kommissarin für Regionalpolitik Elisa Ferreira, der deutsche EU-Botschafter Michael Clauß, die Generaldirektorin der Generaldirektion GROW Kerstin Jorna und die stellvertretende Kabinettschefin der Kommissionsvizepräsidentin Margrethe Vestager, Christiane Canenbley. Im Rahmen eines Abendessens traf die EMK mit dem deutschen NATO-Botschafter Rüdiger König zusammen.

Die EMK fasste vier Beschlüsse:

- Für ein starkes Europa – demokratisch, wertebasiert und weltoffen
- Aktuelle europapolitische Herausforderungen im digitalen Zeitalter – Teil II
- Lage in der Ukraine / EU-Erweiterung
- EU-Wirtschaftspolitik – Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität als Investitionsstandort erhalten und zukunftssicher aufstellen!

Entschließung des Bundesrates zum Jahrestag des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und Rede des Ministerpräsidenten im Plenum des Bundesrats

Auf Antrag der Länder Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen fasste der Bundesrat anlässlich des Jahrestages des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine am 3. März 2023 (BR-Drucksache 60/23(B)) eine Entschließung. Darin verurteilte der Bundesrat den anhaltenden Angriffskrieg auf das Schärfste und bezeichnete ihn als „eklatanten Verstoß gegen das Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen“ und „Bruch von Kernprinzipien des Völkerrechts“. Dies gelte auch für die durch die Vereinten Nationen dokumentierten Kriegsverbrechen. Der Bundesrat unterstützte in diesem Zusammenhang die Anstrengungen der Bundesregierung für die Einrichtung eines internationalen Tribunals. Dem Kampf der Ukrainerinnen und Ukrainer, der zugleich ein Kampf für die gemeinsamen europäischen Werte sei, zollte er großen Respekt und Anerkennung. Die Willensstärke der EU in ihrer Reaktion auf den Angriffskrieg wurde ebenfalls begrüßt. In diesem Zusammenhang sei einer Überprüfung weiterer Sanktionstatbestände geboten. Darüber hinaus begrüßte der Bundesrat die Zuerkennung des Kandidatenstatus an die Ukraine. „Die militärische, humanitäre und finanzielle Unterstützung der Ukraine [sei] neben wirtschaftlichem Austausch notwendig, damit die Ukrainerinnen und Ukrainer ihr Recht durchsetzen [könnten], in einem freien, demokratischen und selbstbestimmten Land zu leben.“ Dabei hob der Bundesrat die Partnerschaften zwischen Ländern und Regionen sowie die Städtepartnerschaften als „wichtiges Element dieser Unterstützung“ hervor. Der Bundesrat würdigte

daneben die großen Anstrengungen der Mitgliedstaaten der EU, aus der Ukraine geflüchtete Menschen aufzunehmen. Die Integration der betroffenen Menschen in die Gesellschaft und die Ermöglichung einer guten Bildung der Kinder sei insbesondere für die Kommunen eine große Herausforderung. Es bedürfe diesbezüglich noch weiterer Unterstützung des Bundes für Länder und Kommunen.

In der Aussprache zur Entschließung ergriff Ministerpräsident Kretschmann das Wort. Er sprach angesichts des durch den Krieg verursachten Schreckens und Leids den Menschen und in der Ukraine tief empfundenes Mitgefühl aus. Man fühle mit allen Menschen in der Ukraine und versichere Solidarität. Ministerpräsident Kretschmann betonte die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt im freien Europa sowie die Belastbarkeit der demokratischen Institutionen, indem er an die gemeinsame virtuelle Sitzung des Ausschusses für Fragen der Europäischen Union des Bundesrates mit dem EU-Integrationsausschuss der ukrainischen Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) im April des vergangenen Jahres erinnerte. Der Ministerpräsident betonte, dass ein gemeinsames Handeln der westlichen Staaten entscheidend sei und dankte in diesem Zusammenhang der Bundesregierung für ihr entschlossenes Handeln: „Dabei [handele] die Bundesregierung umsichtig und nach klaren Prinzipien: Zurückweisung der russischen Aggression, Solidarität mit der Ukraine, keine Ausweitung der Kampfhandlungen auf andere Länder.“ Russland verstoße mit seinen Handlungen gegen das allgemeine Gewaltverbot der UN-Charta. Durch die Unterstützung der Ukraine, die für uns alle kämpfe, werde Deutschland aber noch nicht zur Kriegspartei. Der Schlüssel zum Ende des Krieges läge in Moskau. Die Idee des Friedens mit Russland, über die Köpfe unserer europäischen Nachbarn hinweg ordnete Ministerpräsident Kretschmann als „Idee aus den dunkelsten Kapiteln unserer Geschichte ein.“ Er mahnte auch zu Geschlossenheit und Zusammenhalt im Innern und betonte die nationale und internationale große Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft seit Kriegsbeginn. Dabei hob er das Engagement der Länder und insbesondere der Kommunen hervor. Auch beim Wiederaufbau werden die Städtepartnerschaften helfen. Bei den anstehenden Aufgaben und Herausforderungen müsse auf „die Werte und Prinzipien unserer liberalen Demokratie, auf die europäische Zusammenarbeit und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft“ gesetzt werden.

Treffen von Ministerpräsident Kretschmann mit dem ukrainischen Botschafter
Ministerpräsident Kretschmann empfing den Botschafter der Ukraine S.E. Oleksii Makiejew am 13. März 2023 zum Antrittsbesuch. Im Rahmen ihres Austauschs bekräftigte Ministerpräsident Kretschmann, dass Baden-Württemberg mit großer Entschlossenheit an der Seite der Ukraine stehe. Das Land unterstütze die Ukraine mit humanitärer Hilfe (u.a. im medizinischen Bereich), mit Hilfslieferungen im Katastrophenschutz, mit Sofortmaßnahmen bei der Integration der Geflüchteten und über Fördermöglichkeiten

im Rahmen der EU-Donauraumstrategie. Ministerpräsident Kretschmann und Botschafter Makeiev betonten die Bedeutung von Städtepartnerschaften sowie des Engagements aus der Zivilgesellschaft für die Ukraine und für Geflüchtete.

154. Plenartagung des AdR am 15./16. März 2023

Im Mittelpunkt der 154. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) standen Debatten über die Talenterschließung in den Regionen mit Kommissionsvizepräsidentin Dubravka Suica, die Prioritäten des schwedischen Ratsvorsitzes und ein Jahr russische Invasion in der Ukraine. Staatssekretär Florian Hassler nahm an der Sitzung in Brüssel teil. In der Debatte über die Prioritäten des schwedischen Ratsvorsitzes betonte er in seinem Redebeitrag die Bedeutung des Schwerpunkts Wettbewerbsfähigkeit der EU, vor allem auch im globalen Maßstab. Er warb für eine maßgeschneiderte EU-Förderpolitik, die die innovations- und wirtschaftsstarke Transformationsregionen stärker berücksichtigt. Zudem seien auch mehr Freiräume für diese Regionen im EU-Beihilfenrecht notwendig.

In der Aussprache über den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wies Staatssekretär Hassler auf die Bedeutung der Regionen und Städte für den Wiederaufbau der Ukraine hin. In diesem Zusammenhang betonte er die Möglichkeiten der EU-Donauraumstrategie und den Mehrwert der kommunalen Partnerschaften. Dies habe auch das Strategic Municipal Partnership Forum in Sindelfingen gezeigt, aus dem 14 neue Partnerschaften entstanden sind.

Der AdR befasste sich im Rahmen der Plenartagung auch mit dem sozialen Dialog der EU und nahm eine Entschließung dazu an. Zudem wurden verschiedene Stellungnahmen diskutiert und beschlossen, u.a. zur Östlichen Partnerschaft der EU, zum Europäischen Medienfreiheitsgesetz und zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden.

Staatssekretär Hassler führte am Rande der Plenartagung Gespräche mit einigen AdR-Mitgliedern. Er tauschte sich u.a. mit dem Landtagspräsidenten von Vorarlberg, Herrn Harald Sonderegger, über die aktuelle Situation der EU-Schweiz-Beziehungen aus. Mit dem Generalsekretär für EU-Angelegenheiten und auswärtige Beziehungen der Regierung von Andalusien, Herrn José Enrique Millo Rocher, sprach er über eine mögliche Zusammenarbeit im Bereich der erneuerbaren Energien.

Konferenz der „#CohesionAlliance“ des AdR zur Zukunft der Kohäsionspolitik

Im Anschluss an die 154. Plenarsitzung fand am 16. März 2023 die Konferenz „Kohäsion als Brücke zu einem vereinten und fairen Europa“ statt, die von der #CohesionAlliance des AdR ausgerichtet wurde. Neben dem AdR-Präsidenten Vasco Alves Cordeiro nahmen daran auch der Vorsitzende des REGI-Ausschusses des Europäischen Parlaments, Herr Younes Omarjee und die Kommissarin für Regionalpolitik, Frau Elisa Ferreira, teil. Staatssekretär Florian Hassler betonte in seinem Wortbeitrag, dass die Kohäsionspolitik in Zukunft stärker als bisher den Zielen des European Green

Deal dienen muss. Als Vertreter Baden-Württembergs unterstrich er, dass viele Regionen mit einer starken industriellen Basis derzeit eine Transformation durchliefen und dabei auch neue Werkzeuge in der EU-Förderpolitik und im Beihilferecht bräuchten. Damit sie ihre Lokomotiv-Funktion für die gesamte EU weiter erfüllen könnten, müsse die EU-Kohäsionspolitik die Transformationsregionen stärker berücksichtigen, so seine Forderung. In der Debatte mit den AdR-Mitgliedern wurde deutlich, dass dieses Anliegen als berechtigt angesehen wird.

Rede des polnischen Ministerpräsidenten an der Universität Heidelberg

Anlässlich der Rede des polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki an der Universität Heidelberg am 20. März 2023 hielt Ministerpräsident Kretschmann eine rahmengebende Begrüßungsrede. Hierbei nannte er Polen einen wichtigen Partner und hob die polnische Hilfsbereitschaft und Solidarität im Rahmen des Ukrainekriegs besonders hervor. Polen habe mit acht Milliarden Euro für die Unterbringung der ukrainischen Flüchtlinge mehr ausgegeben als jeder andere Staat. Auf die Frage, wie es mit den europäischen Werten zu Zeiten des russischen Angriffskriegs stehe, müsse eine solche „unverbrüchliche Solidarität“ die Antwort sein. Dabei betonte Ministerpräsident Kretschmann die in Artikel 2 des EU-Vertrages genannten europäischen Werte und nannte dabei ausdrücklich Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie. Bezüglich der Freiheit wurde die Meinungsfreiheit und Pressefreiheit, aber auch die Sicherheit hervorgehoben. Selbstbestimmung als Souveränität für den Einzelnen und für die Gesellschaft müsse auch für den Staat und für Europa bestehen, denn nur ein starkes Europa könne in der heutigen Welt tatsächliche Souveränität gewährleisten. Mit Blick auf den Wert der Demokratie betonte Ministerpräsident Kretschmann nachdrücklich, dass die Achtung der Menschenrechte, die Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Justiz, Rechtsstaatlichkeit wie auch der Pluralismus nicht zu verhandeln seien und nach außen hin verteidigt werden müssen. Auch nach innen im Kreise „unserer europäischen Freunde“ mahnte er dazu, dass diese Werte bewahrt und mit Leben gefüllt werden müssen. Dies sei die Verantwortung des Westens: „Ein vereintes Europa. Ein Europa, das stark und handlungsfähig ist.“

Konsultationen des RegionalHub-Netzwerks

Das Staatsministerium hat im Rahmen seiner Mitarbeit im Regional Hubs-Netzwerk (RegHub) des AdR im 1. Quartal 2023 an einer Konsultation zur regionalen Beteiligung bei der Erstellung der nationalen Strategiepläne für die europäische Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) im Förderzeitraum 2023-2027 teilgenommen. Die Fachkommission für natürliche Ressourcen des AdR hat sich in ihrem Arbeitsprogramm für 2022/2023 vorgenommen, die Umsetzung der GAP auf regionaler Ebene aufmerksam zu verfolgen und den Nutzen regionaler Interventionen aufzuzeigen. Ziel dieser RegHub-Konsultation ist es daher, die Umsetzung der Verordnung über die GAP-Strate-

giepläne und den regionalen Beitrag zur Ausarbeitung der GAP-Strategiepläne zu bewerten. Das Ergebnis dieser ersten Konsultation wird in einer gemeinsamen Anhörung der AdR-Fachkommission für natürliche Ressourcen, des europäischen Netzes AGRI-REGIONS und des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments zur territorialen Umsetzung der GAP vorgestellt, die für das zweite Halbjahr 2023 geplant ist. Letztlich sollen die Ergebnisse der Konsultation in die politische Arbeit des AdR zur Halbzeitüberprüfung der GAP 2024/2025 einfließen. An der Konsultation wurde das für den Bereich fachlich zuständige MLR beteiligt. Die Auswertung der Konsultationsbeiträge zeigt, dass der Bund die Länder bei der Ausarbeitung der nationalen Strategiepläne umfangreich beteiligt hat. Insbesondere die Ausgestaltung der über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER, 2. Säule der GAP) geförderten Interventionen lag in der Verantwortung der Länder, da die Verwendung der ELER-Mittel ausschließlich von den Ländern geplant und verwaltet werden.

EU-Verordnungen zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und zur Wiederherstellung der Natur

Ministerpräsident Kretschmann wandte sich am 1. März 2023 mit einem Schreiben an die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen, in dem er die Zielrichtung der beiden Verordnungen ausdrücklich begrüßte. Zugleich bat er die Europäische Kommission, sich in den Verhandlungen mit Europäischem Parlament und Rat der Europäischen Union für Korrekturen in beiden Verordnungen einzusetzen. In der Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln sollte die Definition der im Verordnungsentwurf bezeichneten empfindlichen Gebiete zur Verringerung der Gebietskulisse enger gefasst und die Verbotstatbestände unter Berücksichtigung der jeweiligen Schutzziele überarbeitet werden. Hier verwies er insbesondere auf Einschränkungen bei Sonderkulturen und den ökologischen Landbau. Bezüglich der Verordnung zur Wiederherstellung der Natur sollte zur Zielerreichung von Seiten der EU zum einen ein weiteres Anreizsystem für freiwillige Maßnahmen geschaffen werden, um mögliche Ertragseinbußen der betroffenen Landwirtinnen und Landwirten zu schmälern. Zum anderen sollten die vorgesehenen Regelungen im Einzelfall im Hinblick auf ihre konkreten Auswirkungen auf die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Mittelfristig solle ein EU-Umwelt- und Klimafonds eingerichtet werden, um den europäischen Belangen des Klima-, Umwelt- und Biodiversitätsschutzes mit einem eigenständigen EU-Förderinstrument gerecht zu werden.

Europaöffentlichkeitsarbeit

CMT 2023

Vom 14. bis 22. Januar 2023 war das Staatsministerium zusammen mit vielen baden-württembergischen Europa-Akteuren unter dem Motto „Baden-Württemberg in Europa“

auf der Stuttgarter Touristikmesse CMT mit insgesamt rund 265.000 Besucherinnen und Besuchern vertreten. Mit einem großen Europapuzzle und dem Europa-Quizrad wurden zahlreiche Menschen für viele interessante Gespräche rund um das Thema Europa erreicht.

Rebranding

Die bisherige Marke „Baden-Württemberg in Europa“ wird modernisiert und in den Kampagnenkosmos des Landesmarketings „The LÄND“ eingegliedert. Künftig identifiziert sich die Europaöffentlichkeitsarbeit als „The LÄND in Europa“. Sukzessive wird nun auf sämtlichen Kommunikationswegen (z.B. Internetauftritte) das neue Branding etabliert.

Homepage Europa-Netzwerk

Seit Oktober 2022 ist die Homepage <https://europanetzwerk.landbw.de/> online, auf der die baden-württembergischen Europaakteure über sich, ihre Aktivitäten und ihre Veranstaltungen informieren können. 21 verschiedene Akteure haben bislang Zugang, um Neuigkeiten zu veröffentlichen und die Seite mit interessanten europabezogenen Inhalten füllen zu können.

Europa-Puzzle auf Reisen

Das Europa-Puzzle des Staatsministeriums wird auch weiterhin an Schulen in Baden-Württemberg verliehen. Insgesamt konnten bislang 1.800 Schülerinnen und Schüler aus 70 verschiedenen Klassen im Alter zwischen sechs und 17 Jahren auf spielerische Weise das Konzept der EU „begreifen“. Auch der SWR ist auf das Puzzle aufmerksam geworden, so dass es als Requisite in einer Informationssendung für Kinder und Jugendliche genutzt wurde, die sich mit Europa im Alltag beschäftigte.

Dynamischer Europapool

Kabinettsvorlage

Die Kabinettsvorlage „Steigerung der Europafähigkeit der Landesverwaltung“ wurde am 7. Februar 2023 im Rahmen des auswärtigen Kabinetts in Brüssel beschlossen. Wesentliche Inhalte sind die strategische Besetzung relevanter Dienststellen in den EU-Institutionen, Verfahren für die Vorbereitung und Durchführung von Pool-Verwendungen, eine Handreichung für Beurteilungen sowie weitere Maßnahmen zur Steigerung der Europafähigkeit der Landesverwaltung.

Europa in der Mittagspause

Die digitale Veranstaltungsreihe „Europa in der Mittagspause“ wurde am 8. März 2023 fortgesetzt. Dabei berichtete ein Auswärtsspieler von seiner aktuellen Auslandsverwendung bei der Europäischen Kommission, tätig in Sevilla. Es nahmen 36 Poolmitglieder an dieser Veranstaltung teil.

Seminar „Communication Training: Englisch“

Am 15. März 2023 fand das eintägige Seminar „Communication Training: Englisch“ für Pool-Mitglieder in Stuttgart statt. Es bestand sehr großes Interesse an diesem Seminar, so dass nicht alle Interessierten teilnehmen konnten. Es ist deshalb geplant, diesen Kurs im zweiten Halbjahr 2023 noch einmal anzubieten.

III. Grenzüberschreitende und interregionale ZusammenarbeitInternationale Bodenseekonferenz

Am 17. März 2023 fand der erste Ständige Ausschuss unter dem neuen Vorsitz Bayern in Lindau statt. Dabei wurden die Planungen für die IBK-Delegationsreise der Regierungschefs am 29./30. Juni 2023 nach Brüssel konkretisiert. Zudem hat Bayern eine Machbarkeitsstudie zur klimaneutralen Bodenseeschifffahrt in Auftrag gegeben. Dies ist ein wichtiger Schritt hin zu einem CO₂-neutralen Bodensee, der im Rahmen der IBK-Strategie von zentraler Bedeutung ist. Baden-Württembergs Verkehrsministerium nimmt hierbei eine sehr aktive Rolle ein.

Makroregionale StrategienEU Strategie für den Donaauraum (EUSDR)

Am 26. Januar 2023 tagte die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMA) EUSDR unter Beteiligung von Staatssekretär Florian Hassler und Staatssekretär Dr. Patrick Rapp. Die IMA diene der ressortübergreifenden Koordinierung des baden-württembergischen Engagements im Rahmen der Strategie und hatte das Ziel, die zahlreichen Aktivitäten sowie ausgewählte Projekte der Ressorts sichtbar zu machen. Diskutiert wurden zudem die künftigen Schwerpunkte der Donaauraumzusammenarbeit im Rahmen der für das zweite Quartal 2023 geplanten Kabinettsvorlage.

Auf Einladung des Sindelfinger Oberbürgermeisters Dr. Bernd Vöhringer nahm Staatssekretär Hassler am 27. Februar 2023 am „Strategic Municipal Partnership Forum“ teil. Ziel des zweitägigen Forums war es, direkte Kontakte zwischen Vertreterinnen und Vertretern ukrainischer und anderer europäischer Kommunen herzustellen. In seinem Grußwort würdigte Staatssekretär Hassler das Engagement Sindelfingens und unterstrich den Wert kommunaler wie zivilgesellschaftlicher Netzwerke für den Wiederaufbau und die EU-Integration der Ukraine. Hervorgegangen sind aus der Vernetzungsveranstaltung mehrere Projekt- und Städtepartnerschaften zwischen baden-württembergischen und ukrainischen Kommunen.

Am 8. März 2023 fand in der Landesvertretung in Berlin der 8. Donausalon mit rund 350 Gästen statt, in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit der Botschaft der Republik Moldau. Staatssekretär Hassler hielt die Eröffnungsrede. Auf eine weitere Begrüßungsrede von Botschafter Aureliu Ciocoi folgte unter dem Motto „Die Zukunft des Donaumaums gestalten: Warum die Republik Moldau wichtig für die EU ist“ eine Podiumsdiskussion, an der sich der moldauische Kulturminister Sergiu Prodan, der Vorsitzende

des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union im Deutschen Bundestag Dr. Anton Hofreiter MdB und Dr. Khatia Kikalishvili vom Zentrum Liberale Moderne beteiligten. Moderiert wurde das Podium durch die Ost- und Südosteuropaeexpertin Marieluise Beck. Mit seinem Abschlussstatement leitete Staatssekretär Dr. Rapp in den kulturellen und kulinarischen Teil des Abends über.

Die Task Force Donau-Jugendrat (Danube Youth Council) hat in ihrer 5. Sitzung am 22. Februar 2023 die Arbeit zur nachhaltigen Weiterfinanzierung und Institutionalisierung des Donau-Jugendrates wiederaufgenommen, in der das Staatsministerium im Namen der deutschen Delegation mitarbeitet.

EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

Zum ersten Mal unter Schweizer Vorsitz tagte am 30. März 2023 das Executive Board der EUSALP in Fribourg. Gegenstand waren eine mögliche Revision des Aktionsplans, dem wichtigsten Arbeitsdokument der EUSALP, sowie die Öffnung der Bewerbungsphase für den neuen EUSALP-Jugendrat (EUSALP Youth Council). Eingeladen hatte die Schweizer Präsidentschaft außerdem zu einer Konferenz zum Thema Kreislaufwirtschaft am 31. März 2023.

Beziehungen zur Schweiz

Fortsetzung des Dialogs mit den Schweizer Partnern

Staatssekretär Hassler tauschte sich am 14. März 2023 mit hochrangigen Gästen aus der Schweiz in der Villa Reitzenstein aus. Beim Gespräch mit dem stellvertretenden Staatssekretär im Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten, Herrn Botschafter Patric Franzen, dem Schweizer Botschafter in Berlin, Herrn S.E. Dr. Paul Seger, sowie dem Generalkonsul der Eidgenossenschaft in Stuttgart, Herrn Urs Schnider, standen die Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union nach dem Scheitern des Institutionellen Rahmenabkommens im Mittelpunkt.

Am 14. März 2023 stand auch die Eröffnung der neuen Räumlichkeiten des Schweizer Generalkonsulats in Stuttgart mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann und zahlreichen Gästen auf dem Programm.

Ausblick: Neuer Schub für die Zusammenarbeit mit der Schweiz – Fortschreibung der Schweiz-Strategie des Landes

Der Koalitionsvertrag sieht vor, die Schweiz-Strategie des Landes aus dem Jahr 2017 gemeinsam mit den Nachbarn fortzuschreiben. Dieser Prozess soll 2023 unter Federführung von Staatssekretär Florian Hassler starten. Ziele für die Fortschreibung der Schweiz-Strategie sind insbesondere die Schaffung eines landespolitischen Rahmens zur weiteren Vertiefung der sehr guten nachbarschaftlichen Beziehungen und die Fokussierung auf thematische Schwerpunkte, die Chancen und Mehrwerte durch die Fortsetzung der guten Zusammenarbeit versprechen. Im ersten Quartal 2023 standen

Abstimmungen mit allen Ressorts und mit den Hauptakteuren im deutsch-schweizerischen Grenzraum im Vordergrund.

Frankreich

60-jähriges Jubiläum der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags

Im Januar 2023 nahm Staatssekretär Florian Hassler an der gemeinsamen Veranstaltung der deutschen Länder und französischen Regionen zum 60. Jubiläum des Élysée-Vertrags in Straßburg teil. Bei diesem Anlass verabschiedeten die Länder und Regionen eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel „60 Jahre Élysée-Vertrag: Regionen und Länder engagieren sich in Straßburg, um die Umwelt- und Energiewende in unseren Gebieten im Sinne des Europäischen Grünen Deals zu beschleunigen“.

Antrittsbesuche

Im März 2023 empfing Ministerpräsident Winfried Kretschmann den Botschafter der Republik Frankreich in Deutschland François Delattre sowie Franck Leroy, Präsident der Region Grand Est zu Antrittsbesuchen. Ministerpräsident Kretschmann und Präsident Leroy vereinbarten bei dieser Gelegenheit am 7. Juli 2023 gemeinsam das neue digitale deutsch-französische Bürgerportal „FRED.info“, ein gemeinsames Projekt der Partnerschaftskonzeption Baden-Württemberg & Frankreich, offiziell zu eröffnen. Zudem war man sich einig, im Jahr 2024 die dritte Grenzraumkonferenz in Baden-Württemberg durchzuführen.

Zukunftsprozess Fessenheim

Sowohl landesintern als auch grenzüberschreitend fanden Gespräche zur Konkretisierung der nächsten Schritte zur Umsetzung der Eucor-Machbarkeitsstudie „Innovationsregion Fessenheim“ statt. Staatssekretär Florian Hassler tauschte sich im Februar 2023 mit Präfektin Josiane Chevalier und Präfekt Louis Laugier über das weitere Vorgehen aus. Auf französischer und deutscher Seite wurden zentrale Ansprechpartner innerhalb der Verwaltungen benannt, die sich zur potentiellen Ansiedelung von Unternehmen in der Region um Fessenheim, insbesondere im Bereich Batterierecycling und grüner Wasserstoff, austauschen werden.

Partnerschaftskonzeption

Am 17. Februar 2023 tagte die IMA zur Partnerschafts-Konzeption Baden-Württemberg & Frankreich. Die IMA diente der inhaltlichen Vorbereitung einer Kabinettsvorlage, die im zweiten Quartal 2023 eingebracht werden soll. Insofern wurden die bisherigen und zukünftig geplanten Vorhaben der verschiedenen Ressorts erörtert sowie Vorhaben mit hoher Strahlkraft innerhalb der Partnerschafts-Konzeption identifiziert. Die Kabinettsvorlage soll einen Ausblick bieten auf die Aktivitäten im baden-württembergisch-französischen Kontext der nächsten beiden Jahre.

Der 25. März 2023 markierte den Start des digitalen deutsch-französischen Bürgerportals „FRED.info“. Das Bürgerportal wird von Baden-Württemberg und der Region Grand Est gemeinsam finanziert und geht auf die Partnerschaftskonzeption zurück. Das Bürgerportal soll interessierten Bürgerinnen und Bürger aktuelle Informationen über Wirtschaft, Politik, Kultur, Freizeit und Bildung liefern sowie Möglichkeit zur Vernetzung schaffen.

INTERREG A-Programme Oberrhein und Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein

Während im Programm Oberrhein für die letzte Förderperiode noch Maßnahmen zur Optimierung des EFRE-Mitteleinsatzes laufen, stehen im Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein lediglich noch Schlussabrechnungen einzelner Projekte aus. In beiden Programmen konnten Projektanträge für die neue Förderperiode bewilligt werden.